



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Bundesamt für Landestopografie swisstopo

Teilrevision ÖREBKV

Ergebnisbericht der Vernehmlassung

vonm 26. April 2019

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage.....	3
2	Vorbemerkungen.....	3
2.1	Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren	3
2.2	Darstellung der Ergebnisse im Ergebnisbericht.....	3
3	Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage	4
4	Die Ergebnisse im Einzelnen	4
4.1	Artikel 2 Hauptfunktion, Zusatzinformationen und Zusatzfunktion	4
4.2	Artikel 3a Massgeblichkeit	5
4.3	Artikel 7 Aufnahme und Änderung der Daten	5
4.4	Artikel 8a Hinweis auf das Grundbuch.....	5
4.5	Artikel 8b Zusatzinformationen	6
4.5.1	Absatz 1	6
4.5.2	Absatz 2	6
4.5.3	Absatz 3	7
4.6	Artikel 9 Geodienste.....	7
4.7	Artikel 10 Auszug	7
4.8	Artikel 14 und 15 Beglaubigung	7
4.9	Artikel 20 Bundesbeitrag	7
4.10	Artikel 26 - 30 Schlussbestimmungen.....	8
4.11	Artikel 31 Begleitgremium	8
4.12	Inkrafttreten	8
5	Anhänge	9
5.1	Vernehmlassungsadressaten	9
5.2	Abkürzungsverzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer	13

1 Ausgangslage

Mit den Artikeln 16 ff. des Geoinformationsgesetzes (GeolG, SR 510.62) wurden die rechtliche Grundlagen für einen Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) geschaffen. Der Bundesrat hat in der Folge am 2. September 2009 die Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV, SR 560.622.4) erlassen, welche am 1. Oktober 2009 in Kraft trat. Die Verordnung sieht die Einführung des ÖREB-Katasters in zwei Etappen vor: Die Kantone der ersten Etappe (Bern, Genf, Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Thurgau, Zürich) führen den Kataster bis zum 1. Januar 2014 ein (Art. 26 Abs. 1 Bst. a ÖREBKV), die Kantone der zweiten Etappe (alle übrigen Kantone) bis spätestens zum 1. Januar 2020 (Art. 26 Abs. 1 Bst. b ÖREBKV). Die Einführung des Katasters wurde durch ein Begleitgremium koordiniert und begleitet (Art. 31 ÖREBKV); dieses setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Fachkonferenzen, der zuständigen Fachstellen des Bundes, der Gemeinden sowie der GKG als Koordinationsgremium des Bundes. Die Kantone der ersten Etappe haben zusätzlich das erste volle Betriebsjahr auszuwerten und darüber Bericht zu erstatten (Art. 26 Abs. 1 Bst. a ÖREBKV).

Während der ersten Etappe der Einführung und in den zwei Folgejahren wurden auf verschiedenen Wegen Anträge bzw. Vorschläge für Änderungen der ÖREBKV an das Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) herangetragen:

- im Erfahrungsbericht der ersten Etappe;¹
- durch die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) der Kantone;
- durch das Begleitgremium und dessen Untergruppen;
- als Erkenntnisse von Schwergewichtsprojekten;
- vereinzelt durch kantonale Verwaltungen.

Zwischen der BPUK und swisstopo wurde im Jahr 2017 ein so genannter Überprüfungsauftrag ausgehandelt, der teilweise auch grundsätzliche Fragen enthielt.² Alle Fragestellungen, die im Überprüfungsauftrag der BPUK gestellt wurden, konnten in der Arbeitsgruppe bearbeitet, geklärt oder die dafür zuständige Stelle benannt und es konnte eine gemeinsame Haltung zum weiteren Vorgehen gefunden werden. Ein Grossteil der Erkenntnisse ist bereits in die vorliegende Revision der ÖREBKV eingeflossen.

Bereits eine erste Analyse der Änderungsvorschläge ergab, dass mit einer Revision der ÖREBKV nicht bis zum Vorliegen der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluation (Art. 43 GeolG) im Jahr 2021 und deren Behandlung im Parlament zugewartet werden kann. Deshalb wurde eine Teilrevision in Angriff genommen, welche Änderungen im Verordnungsrecht auf den Zeitpunkt der vollständigen Einführung des Katasters, d.h. per 1. Januar 2020 anstrebt.

2 Vorbemerkungen

2.1 Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren

Neben den Kantonen wurde die Konferenz der Kantonsregierungen, die politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft sowie 22 weitere interessierte Organisationen begrüsst. Im Rahmen der Vernehmlassung gingen insgesamt 38 Stellungnahmen ein (24 Kantone, 2 Parteien, 12 Verbände und weitere interessierte Organisationen). Ein Verband verzichtete schriftlich auf die Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren.

2.2 Darstellung der Ergebnisse im Ergebnisbericht

Die Vernehmlassungsteilnehmenden werden in der Regel mit Abkürzungen zitiert. Bei Institutionen, für die keine offiziellen bzw. mehrdeutige Abkürzungen vorliegen, wurden aus Praktikabilitätsgründen

¹ Vgl. Erfahrungsbericht (Fn. 2), Ziff. 5.2, S. 36.

² Überprüfungsauftrag ÖREB-Kataster vom 30. Mai 2017, Konkretisierung des Beschlusses 8.4 der BPUK Plenarversammlung vom 3. März 2017.

ad hoc neue Abkürzungen geschaffen. Für den Ergebnisbericht wurden die Teilnehmenden in drei Kategorien (Kantone, Parteien, Dachverbände und weitere Organisationen) eingeteilt. Die Reihenfolge innerhalb einer Kategorie ist zufällig und drückt keine inhaltliche Wertung aus.

3 Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage

In nachfolgender Tabelle wird ein Überblick über die generellen Stossrichtungen der Rückmeldung der Vernehmlassungsteilnehmenden vermittelt:

Begrüssen Teilrevision der Verordnung im Grundsatz

Lehnen Teilrevision der Verordnung in dieser Form grundsätzlich ab

Gemischte / neutrale Haltung, Detailbemerkungen

	Begrüssen Teilrevision der Verordnung	Begrüssen Teilrevision - mit inhaltlichen Anträgen	Lehnen Teilrevision der Verordnung in dieser Form grundsätzlich ab	Verzicht auf inhaltliche Stellungnahme
Kantone	BL, UR, JU, SH, ZH,	SO, TG, AG, VD, VS, NE, LU, NW, FR, GL, AI, ZG, AR, SG, OW, TI, BE, GR	GE	
Parteien		SP, SVP	-	
Dachverbände und interessierte Organisationen	Gemeindeverband, Städteverband, usic, CP, LAG,	KKGEO, IGS, HEV, SBV	AGG, OVG	Travail.Suisse
Total	10	24	3	1

4 Die Ergebnisse im Einzelnen

Einzelne Absätze und Buchstaben, zu denen keine Bemerkungen eingegangen sind, werden im Bericht nicht aufgeführt.

4.1 Artikel 2 Hauptfunktion, Zusatzinformationen und Zusatzfunktion

Kantone

JU, BL, UR, SG, GL und **AR** begrüßen die Neuformulierung, da diese eine klare Abgrenzung zwischen der Hauptfunktion, der Zusatzinformation und der Zusatzfunktion schafft.

VS begrüsst zwar die klare Abgrenzung, empfiehlt jedoch die Abschnitte gemäss der Gliederung der Verordnung zu benennen.

TI wünscht in Anbetracht der getätigten Investitionen, dass mit der Realisierung des öffentlichen Publikationsorgans die Verbindlichkeit der Katasterinformationen verankert wird.

GR lehnt die neue Formulierung von Artikel 2 Absatz 1 ab und beantragt, dass die Bestimmung weiterhin als Zielformulierung ausgestaltet wird. Zudem sei nicht nachvollziehbar, weshalb in Absatz 1 ein Verweis auf Artikel 3 erfolge. Zudem wird beantragt Art. 2 Abs. 2 zu streichen oder neu zu formulieren (Eventualantrag "in ihm können Zusatzinformationen dargestellt werden").

GL begrüsst ausdrücklich, dass in Absatz 3 eine bundesrechtliche Ermächtigungsnorm geschaffen wird.

Parteien

Die **SP** begrüsst die Präzisierung.

Dachverbände und interessierte Organisationen

Die **IGS, HEV, usic** und **LAG** begrüßen die Neuformulierung grundsätzlich. Der **HEV** fordert aber, dass der Kataster nicht als alleiniges amtliches Publikationsorgan in den Kantonen verwendet werden kann. Zudem muss der Zugang zu der Publikation auch für Personen gewährleistet sein, welche das Internet nicht nutzen.

Der **SBV** will, dass der Kataster durch die Kantone nur "in Ergänzung des ordentlichen Rechtssetzungsverfahrens" als amtliches Publikationsorgan verwendet werden kann. Der Nutzen für den Grundeigentümer wird ansonsten bezweifelt und die Unsicherheit erhöht.

4.2 Artikel 3a Massgeblichkeit

Kantone

SG, GL und **GR** befürworten den Entwurf.

TI wünscht, dass in Anbetracht der getätigten Investitionen mit der Realisierung als Publikationsorgan die Verbindlichkeit der Katasterinformationen verankert wird. **OW** wünscht eine Anpassung der Sachüberschrift in "Vorgehen bei Unklarheiten".

Parteien

Die **SVP** will, dass der Entwurf in diesem Punkt überarbeitet wird, weil sonst die Planungs- und Rechtssicherheit der Nutzer gefährdet sei. Die **SP** begrüsst die Klärung und Präzisierung, welche zu mehr Rechtssicherheit führe.

Dachverbände und interessierte Organisationen

HEV und **OVG** sind gegen die Änderung der Bestimmung, da diese Bestimmung der positiven Publizitätswirkung des Katasters zuwiderlaufe bzw. der Kataster sonst seine Hauptfunktion verlieren würde.

4.3 Artikel 7 Aufnahme und Änderung der Daten

Kantone

ZG fordert, dass der Hinweis "Vorbehalten bleibt die Publikation nach Art. 16" (neu Art. 2 Abs. 2) nicht gelöscht wird, weil der Kataster sonst nicht als Publikationsorgan genutzt werden könne. Zudem sei die Sachüberschrift verfehlt. **VD** bemängelt den Text in der französischen Version, der Syntax sei zu bereinigen. **AI** wirft die Frage auf, ob Artikel 7 Absatz 1 nicht gänzlich gestrichen werden könne. **NE** schlägt vor, dass die Daten gleichzeitig mit der Rechtskraft in den Kataster aufgenommen werden sollen.

Dachverbände und interessierte Organisationen

Der **HEV** begrüsst den Entwurf. **KKGEO** merkt an, dass der Begriff der Daten unklar sei. Zudem enthalte Artikel 2 Absatz 1 keine zeitliche Beschränkung für die Aufnahme im Kataster. Die Bestimmung könne daher gestrichen werden oder der Begriff Daten sei zu präzisieren.

4.4 Artikel 8a Hinweis auf das Grundbuch

Kantone

NE bedauert, dass die Dualität zwischen Grundbuch und ÖREB-Kataster beibehalten wird. **SG** begrüsst die Regelung als gangbare Zwischenlösung. **OW** fordert eine Anpassung des Wortlauts (Hinweise auf Eigentumsbeschränkungen, die im Grundbuch "angemerkt sein können"). **AR** bittet um eine Präzisierung und Illustrierung der Umsetzung anhand von Beispielen. **GL** findet, dass die Bestimmung unnötig sei und die Dualität von den Kantonen selbständig gelöst werden könne. Die vorgeschlagene Regelung verursache einen Mehraufwand. **VS** verlangt die Streichung des Artikels. Die im Grundbuch angemerkten Eigentumsbeschränkungen seien im ÖREB-Kataster aufzunehmen und im Grundbuch zu streichen. **GR** verlangt die ersatzlose Streichung der Bestimmung, da sie in Widerspruch zu Artikel 16 Absatz 1 Geoinformationsgesetz stehe. Die Dualität zwischen Kataster und Grundbuch sei aufzuheben. **AG** stellt den Nutzen der Bestimmung in Frage, da der Hinweis auf das Grundbuch auch als Zusatzinformation im Sinne von Artikel 8b Absatz 1 erfolgen könne. **VD** bemängelt, dass der Artikel unklar in der Umsetzung sei.

Parteien

Die **SP** begrüsst den Entwurf, welcher dazu beitrage, dass Kohärenz und Transparenz steigen. Die **SVP** merkt an, dass ein ÖREB-Eintrag, welcher sich auf ein konkretes Grundstück beziehe, ebenfalls im Grundbuch angemerkt sein sollte.

Dachverbände und interessierte Organisationen

Die **usic** begrüsst die Regelung. Die **OVG** merkt an, dass der Artikel überflüssig sei. **HEV** und **SBV** verlangen parzellengenaue bzw. "möglichst detailgenaue" Hinweise und nicht "in genereller Weise".

4.5 Artikel 8b Zusatzinformationen

Kantone

BE, **SG** und **AR** begrüßen die Präzisierung grundsätzlich. **ZG** findet die Rechtswirkungen der Zusatzinformationen sowie den Begriff Hinweise unklar. **VS** findet, die Bestimmung stehe in Widerspruch zu Artikel 2 Absatz 2 des Entwurfs sowie zu Artikel 16 Geoinformationsgesetz. **TI** fordert eine Harmonisierung der deutschen und italienischen Version des Entwurfs.

Parteien

SP begrüsst die Präzisierung.

Dachverbände und interessierte Organisationen

Der **SBV** beantragt, dass der oder die Eigentümer des Grundstücks im Kataster abgefragt werden können.

4.5.1 Absatz 1

Kantone

BE beantragt, dass die Kantone die zusätzlichen Inhalte des Katasters regeln können. Zudem soll es den Kantonen freigestellt bleiben, welche Zusatzinformationen sie darstellen wollen. **FR** beantragt, dass Buchstabe a gestrichen wird, da diese Information Teil des Mindestinhalts gemäss Artikel 10 Absatz 2 sei. **GR** stellt den Antrag, dass Buchstabe b ergänzt wird um den Zusatz "und als Nichtbestandteil des Katasters erkenntlich gemacht", da die undifferenzierte Darstellung von weiteren Geobasisdaten neben den ÖREB-Themen heikel und nicht erstrebenswert sei. **NW** macht auf ein sprachliches Problem von Buchstabe b aufmerksam.

Parteien

SP begrüsst die Informationen über rechtliche Vorwirkungen von laufenden Änderungen, welche möglichst früh und vollständig vorliegen sollten.

Dachverbände und interessierte Organisationen

Der **HEV** begrüsst die Bestimmung, verlangt aber eine Ergänzung, dass diese Zusatzinformationen auch explizit als solche bezeichnet werden und darauf hingewiesen wird, dass diese nicht verbindlich sind und keine Haftung nach Artikel 18 Geoinformationsgesetz bestehe. Der **SBV** hält fest, dass die Information über laufende oder geplante Änderungen wichtiger Inhalt des Katasters sind.

4.5.2 Absatz 2

Kantone

OW, **NW** und **ZG** verlangen, dass die Regelung auch für Fachstellen der Kantone bzw. Gemeinden gilt. **OW** will zudem geklärt haben, ob die Kataster verantwortliche Stelle wirklich die richtige Adressantin der Bestimmung ist. **BE** begrüsst die Pflicht zur Darstellung von laufenden oder geplanten Änderungen grundsätzlich, sofern kein erheblicher Zusatzaufwand entsteht. **GL** lehnt die Pflicht zur Darstellung der geplanten oder laufenden Änderungen ab. **AG** gibt zu bedenken, dass der Kanton allenfalls nach kantonalem Staatshaftungsrecht für falsche Zusatzinformationen haften könnte. **LU** beantragt die Streichung der Bestimmung, da die Verlässlichkeit des Katasters untergraben werde, Kosten für Pflege und Aktualisierung anfallen und ein Ungleichgewicht zwischen Zusatzinformationen des Bundes und denen der Kantone entstehe. **FR** beantragt die Streichung der Bestimmung und die Aufnahme in Artikel 10 Absatz 2.

Parteien

SP begrüsst die Präzisierung, insbesondere bezüglich der Informationen mit rechtlichen Vorwirkungen.

Dachverbände und interessierte Organisationen

Die **KKGEO** verlangt die Ausgestaltung als "Kann-Vorschrift", da die Pflicht zur Darstellung schwer abschätzbare Kosten verursacht würden. Der **HEV** begrüsst die Bestimmung, verlangt aber eine Ergänzung, dass diese Zusatzinformationen auch explizit als solche bezeichnet werden und darauf hingewiesen wird, dass diese nicht verbindlich sind und keine Haftung nach Artikel 18 Geoinformationsgesetz bestehe.

4.5.3 Absatz 3

Kantone

BE beantragt die Klarstellung, dass swisstopo lediglich Mindestvorschriften für Geobasisdaten des Bundesrechts und laufende Änderungen nach Absatz 2 erlassen kann. **AI** verlangt die Klärung, ob die Mindestvorschriften auch für kantonalrechtliche Geobasisdaten gelten.

Dachverbände und interessierte Organisationen

KKGEO verlangt die Klarstellung, dass swisstopo lediglich Mindestvorschriften für Geobasisdaten des Bundesrechts erlassen kann.

4.6 Artikel 9 Geodienste

Kantone

AR begrüsst die Klarstellung durch die neue Regelung. **VS** findet, dass bereits eine hinreichende Regelung bestehe und daher keine weitere Klärung erforderlich sei.

Dachverbände und interessierte Organisationen

usic begrüsst die Regelung, steht aber der Möglichkeit Gebühren zu erheben kritisch gegenüber.

4.7 Artikel 10 Auszug

Kantone

JU, BL, SO, SG, VS begrüssen die Änderung. **AR** unterstützt Änderungen grundsätzlich, sieht aber die Möglichkeit von kantonalen Erweiterungen kritisch, da dies allenfalls zu unerwünschtem föderalem Wildwuchs der Auszüge führen könne. **OW, TG, NW, FR** und **ZG** fordern, dass Absatz 2 um die Vorwirkungen ergänzt wird. **GR** fordert zudem, dass Absatz 2 durch einen Verweis auf Artikel 3 Buchstaben a bis d zu ersetzen sei. **AG** bemängelt, dass die Nennung der Miteigentumsanteile irreführend sei und daher weggelassen werden soll. **AI** findet die Formulierung "Inhalt und Zusatzinformationen" missverständlich, da der Inhalt nicht abschliessend definiert sei und somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit bestehe. **TI** beantragt eine Ergänzung der italienischen Version. **BE** beantragt die Streichung von Absatz 2 Buchstabe d und die Ergänzung um einen Buchstaben zur Vorwirkung nach Artikel 8 Absatz 2. **LU** ist für die Streichung von Absatz 2 Buchstabe d, da es im Ermessen der Kantone bleiben soll, welche Informationen publiziert werden. Für **AI** steht die Bestimmung im Widerspruch zum minimalen Inhalt. **ZG** ist der Ansicht, dass es im Ermessen der Kantone liegen soll, ob und wann geplante und laufende Änderungen im Auszug publiziert werden. Zudem sei die Aufzählung in Absatz 2 um die Vorwirkungen zu ergänzen.

Parteien

Die **SP** begrüsst die Neuregelung, merkt aber an, dass die Reduktion auf einen minimalen Inhalt nicht zu einer Einschränkung der Transparenz führen dürfe.

Dachverbände und interessierte Organisationen

HEV, usic und **IGS** begrüssen die Regelung. **KKGEO** findet die verwendete Definition ungenau und irreführend und schlägt zudem die Streichung der Worte "Inhalte und Zusatzinformationen" vor. Zudem sei auf die Regelung in Absatz 2 zu verzichten, da dies den Spielraum der Kantone einschränke. Zudem sei die Aufzählung in Absatz 2 um die Vorwirkungen zu ergänzen.

4.8 Artikel 14 und 15 Beglaubigung

Kantone

BS, SO, UR, SG, AR, GL, GR und **VS** begrüssen die Aufhebung.

GE und **NE** lehnen die Aufhebung ab und fordern die Beibehaltung der Beglaubigung.

Dachverbände und interessierte Organisationen

LAG begrüsst Aufhebung.

OVG, HEV und **IGS** lehnen die Aufhebung ab und fordern die Beibehaltung der Beglaubigung.

4.9 Artikel 20 Bundesbeitrag

Kantone

JU, BL, SG, AR, AG und **GL** begrüßen die Ausrichtung von Beiträgen an die Weiterentwicklung des Katasters.

Parteien

SP begrüsst die Ausrichtung von Beiträgen an die Weiterentwicklung des Katasters.

4.10 Artikel 26 - 30 Schlussbestimmungen

Kantone

SG begrüsst die Aufhebung grundsätzlich. Der Wegfall von Artikel 29 führe aber zu Unsicherheiten bei den Kantonen, welche die Arbeiten nicht im geforderten Zeitrahmen ausführen konnten. **GL** ist gegen die Aufhebung, da diese weder rechtlich noch legislatisch notwendig sei.

4.11 Artikel 31 Begleitgremium

Kantone

SG begrüsst die Weiterführung des Begleitgremiums. **OW** fordert eine Präzisierung, da die Einführung bei Inkrafttreten der Revision abgeschlossen sei.

Parteien

SP begrüsst die Weiterführung des Begleitgremiums.

Dachverbände und interessierte Organisationen

SBV fordert die Vertretung von Grundeigentümern im Begleitgremium.

4.12 Inkrafttreten

Kantone

AR erachtet Inkrafttreten der Änderungen am 1. Januar 2020 als sinnvoll. **AG** merkt an, dass das Inkrafttreten frühestens 6 Monate nach dem Bundesratsbeschluss erfolgen solle.

5 Anhänge

5.1 Vernehmlassungsadressaten

Kantone / Cantons / Cantoni

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Neumühlequai 10 Postfach 8090 Zürich
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 3000 Bern 8
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern
Standeskanzlei des Kantons Uri	Rathausplatz 1 6460 Altdorf
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Regierungsgebäude Bahnhofstrasse 9 Postfach 1260 6431 Schwyz
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus 6061 Sarnen
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Dorfplatz 2 Postfach 1246 6371 Stans
Staatskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus
Staatskanzlei des Kantons Zug	Seestrasse 2 Regierungsgebäude am Postplatz 6300 Zug
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg
Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus Barfüssergasse 24 4509 Solothurn
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Marktplatz 9 4001 Basel
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Regierungsgebäude Rathausstrasse 2 4410 Liestal
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	Regierungsgebäude 9102 Herisau
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen
Standeskanzlei des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5001 Aarau
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Regierungsgebäude Zürcherstrasse 188 8510 Frauenfeld

Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Palazzo delle Orsoline 6501 Bellinzona
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Place du Château 4 1014 Lausanne
Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	Planta 3 1950 Sion
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Le Château Rue de la Collégiale 12 2000 Neuchâtel
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 Case postale 3964 1211 Genève 3
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	2, rue de l'Hôpital 2800 Delémont
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale

Bürgerlich-Demokratische Partei BDP Parti bourgeois-démocratique PBD Partito borghese democratico PBD	Postfach 119 3000 Bern 6
Christlichdemokratische Volkspartei CVP Parti démocrate-chrétien PDC Partito popolare democratico PPD	Generalsekretariat Hirschengraben 9 Postfach 3001 Bern
Christlich-soziale Partei Obwalden csp-ow	Frau Linda Hofmann St. Antonistrasse 9 6060 Sarnen
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis	CSPO Geschäftsstelle Postfach 132 3930 Visp
Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV	Nägeligasse 9 Postfach 3001 Bern
FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali	Generalsekretariat Neuengasse 20 Postfach 3001 Bern
Grüne Partei der Schweiz GPS Parti écologiste suisse PES Partito ecologista svizzero PES	Waisenhausplatz 21 3011 Bern
Grünliberale Partei glp Parti vert'libéral pvl	Laupenstrasse 2 3008 Bern

Lega dei Ticinesi (Lega)	Via Monte Boglia 3 Case postale 4562 6904 Lugano
Mouvement Citoyens Genevois (MCG)	Rue Camille-Martin 1203 Genève
Partei der Arbeit PDA Parti suisse du travail PST	Rotwandstrasse 65 8004 Zürich
Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC	Generalsekretariat Postfach 8252 3001 Bern
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS Parti socialiste suisse PSS Partito socialista svizzero PSS	Zentralsekretariat Theaterplatz 4 Postfach 3001 Bern

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faitières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna

Schweizerischer Gemeindeverband	Laupenstrasse 35 3008 Bern
Schweizerischer Städteverband	Monbijoustrasse 8 Postfach 3001 Bern
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Seilerstrasse 4 Postfach 3001 Bern

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Schwarztorstrasse 26 Postfach 3001 Bern
Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich
Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	Laurstrasse 10 5201 Brugg
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel
Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23

Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio	Hans-Huber-Strasse 4 Postfach 1853 8027 Zürich
Travail.Suisse	Hopfenweg 21 Postfach 5775 3001 Bern

Interessierte Organisationen / organisations concernées / ambienti interessati

GIS Daten AG (Nidwalden)	Aemättlistrasse 2 6370 Stans
GIS Daten AG (Obwalden)	Grundacher 1 6060 Sarnen
Lisag AG (Uri)	Neuland 11 6460 Altdorf
Landesverwaltung Fürstentum Liechtenstein Amt für Bau und Infrastruktur, Abteilung Tiefbau Fachbereich Vermessung und Geoinformation	Städtle 38 Postfach 684 FL-9490 Vaduz
Fachhochschule Nordwestschweiz Institut Vermessung und Geoinformation	Gründenstrasse 40 4132 Muttenz
Haute Ecole d'Ingénierie et de Gestion du Canton de Vaud Département Environnement, Construction et Géoinformation	Route de Cheseaux 1 Case Postale 521 1401 Yverdon-les-Bains
Hochschule für Technik Rapperswil	Oberseestrasse 10 Postfach 1475 8640 Rapperswil SG
Bildungszentrum Geomatik Schweiz BIZ-Geo	c/o Jakob Günthardt Reithystrasse 133 8810 Horgen
geosuisse Schweizerischer Verband für Geomatik und Landmanagement	Kappellenstrasse 14 Postfach 5236 3001 Bern
Ingenieur-Geometer Schweiz (IGS)	Kapellenstrasse 14 Postfach 5236 3001 Bern
Geo+Ing Groupement professionnel des Ingénieurs en géomatique Suisse	3000 Bern
Fachleute Geomatik Schweiz Zentralsekretariat	Flühlistrasse 30 B 3612 Steffisburg
CadastreSuisse Konferenz der kantonalen Katasterdienste c/o Amt für Geoinformation des Kantons Basel-Landschaft	Mühlemattstrasse 36 4410 Liestal
Konferenz der kantonalen Geoinformationsstellen (KKGEO) c/o Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt	Dufourstrasse 40/50 Postfach 4001 Basel
Schweizerische Organisation für Geo-Information SOGI Sekretariat	Sissacherstrasse 20 Postfach 6 4460 Gelterkinden
Schweizerische Kantonsplanerkonferenz KPK c/o Bau- und Raumplanungsamt BRPA	Chorherrengasse 17 Postfach 1701 Fribourg
Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz KVV c/o Amt für Umweltschutz Zug	Aabachstrasse 5 6301 Zug
Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK Geschäftsstelle	Speichergasse 6 Postfach 3000 Bern 7

Schweizerische Bausekretärenkonferenz SBK c/o Baudepartement Stadt Zug	St.-Oswalds-Gasse 20 6301 Zug
Verband Schweizerischer Grundbuchverwalter c/o Grundbuch Luzern	Hirschengraben 36 6002 Luzern
Schweizerische Vereinigung für Landesplanung Association suisse pour l'aménagement national VLP-ASPAN Zentrale Dienste	Sulgenrain 20 3007 Bern
Fachverband Schweizer Raumplaner/innen FSU Geschäftsstelle	Alexanderstrasse 38 Postfach 216 7001 Chur

5.2 Abkürzungsverzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer

AG	Kanton Aargau
AGG	Association genevoises des ingénieurs géomètres officiels et géomaticiens
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
BE	Kanton Bern
BL	Kanton Basel-Landschaft
CP	Centre Patronal
FR	Kanton Freiburg
GE	Kanton Genf
Gemeindeverband	Schweizer Gemeindeverband
GL	Kanton Glarus
GR	Kanton Graubünden
HEV	Hauseigentümerverband Schweiz
IGS	Ingenieur-Geometer Schweiz
JU	Kanton Jura
KKGEO	Konferenz der kantonalen Geoinformationsstellen
LAG	Lisag AG
LU	Kanton Luzern
NE	Kanton Neuenburg
NW	Kanton Nidwalden
OVG	Ordre Vaudois des Géomètres
OW	Kanton Obwalden
SBV	Schweiz. Bauernverband
SG	Kanton St. Gallen
SH	Kanton Schaffhausen
SO	Kanton Solothurn
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Städteverband	Schweizer Städteverband
SVP	Schweizerische Volkspartei
TG	Kanton Thurgau
TI	Kanton Tessin
Travail.Suisse	Travail.Suisse
UR	Kanton Uri
usic	usic - Schweizer Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen
VD	Kanton Waadt
VS	Kanton Wallis
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich